

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christine Ostrowski und der Fraktion der PDS

Wohnungsbauprojekt des Bundes in Gatow

Die Wirtschaftswoche Nr. 38/99 berichtete über millionenschwere Fehlplanungen im Zusammenhang mit dem größten Wohnungsbauprojekt des Bundes, der Landstadt Gatow, im südwestlichen Berlin. 1 200 Wohneinheiten, bestehend aus Reihen- und Mehrfamilienhäusern sollten dort entstehen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Um wie viele Wohneinheiten und welche Art von Wohnungsbau (Einfamilienhaus, Reihenhäuser, Mehrfamilienhäuser) handelt es sich exakt?
2. Sind diese Wohneinheiten für vorwiegend für von Bonn nach Berlin siedelnde Bundesbedienstete vorgesehen, ist Verkauf und/oder Vermietung geplant?
3. Wie viele dieser Wohneinheiten sind bisher an Bundesbedienstete vergeben bzw. stehen zur Vergabe bereit?
4. Wie hoch beziffert sich die Investitionssumme für das Gesamtprojekt?
5. Sind an der Investition außer dem Bund noch weitere Investoren beteiligt?
Wenn ja, mit welcher Investitionssumme?
6. Trifft die Information der Wirtschaftswoche zu, dass, um das teure Projekt zu retten, neue Interessenten am Projekt gesucht werden und wie erfolgreich war die bisherige Suche?
7. Hat der Bund über seine Investitionssumme hinaus weitere Mittel, z. B. zur Wohnungsfürsorge, bereitgestellt?
Wenn ja, auf welche Höhe beziffern sie sich und welcher Art sind sie?
8. Zu welchen durchschnittlichen Mietpreisen (Kaltmiete/qm) ist beabsichtigt, die Wohnungen an Bundesbedienstete zu vermieten?
9. Zu welchen durchschnittlichen Preisen pro Quadratmeter ist der Verkauf der Wohnimmobilien vorgesehen?
10. Zu welchen durchschnittlichen Mietpreisen (Kaltmiete/qm) sollen – für Fälle, in denen die Vermietung an Bundesbedienstete nicht realisiert wird – die Wohnungen an andere Interessenten vermietet werden?

11. Worin liegen die Ursachen für die Verzögerungen bei Planung und Bau und Fertigstellung des Gesamtprojektes?
12. Worin liegen die Ursachen für die nach Ansicht der Wirtschaftswoche „millionenschweren Fehlplanungen“ und wie hoch beziffern sich die bisherigen Verluste durch Fehlplanungen und Fehlkalkulationen?

Berlin, den 9. Oktober 1999

Christine Ostrowski
Dr. Gregor Gysi und Fraktion